Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 279. — 85 Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck Dresden 2640 Dienstag, den 30. November 1926

Anzeichen zur Besserung.

Man hat nicht mit Unrecht von einem „wirtschaftlichen Locarno" gesprochen, von dem Bestreben also, an die Stelle eines wilden Konkurrenzkampfes Vereinbarungen zu setzen, die eine Aufteilung und eine gegenseitige Garantie der Absatzgebiete darstellt. Maßgebende Wirtschaftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie waren vor einiger Zeit nach England gereist, um derartige Vereinbarungen anzubahnen; jetzt sind wieder Delegierte im Begriffe, mit dem gleichnamigen englischen Verbande zusammenzukommen, um die deutsch-englischen Handelsbeziehungen in ihrer Gesamtheit einer Besprechung zu unterziehen. Die Lage ist ja inzwischen etwas anders geworden. Mag auch nach außen hin der englische Bergarbeiterstreik noch nicht abgebrochen sein, trotzdem ist dieser Streik tatsächlich zu Ende. Daß man aus einer solchen Situation heraus nun eine Verteilung der Absatzgebiete in die Wege leiten will, sieht man für eine Notwendigkeit an, weil wir ja doch schließlich bei dem Kampf um den Kohlenabsatz von der Natur längst nicht so begünstigt sind, wie das bei England der Fall ist. Daß die Kurve unseres Wirtschaftslebens sich zum Besseren wendet, wird nicht einmal mehr von den vorsichtigen Schwarzsehern bestritten, und der Anstoß, den wir in unserer Wirtschaft von der englischen Krise her erhalten haben, ist doch so erheblich, daß selbst der wirtschaftlich vielleicht maßgebenste Mann in Deutschland, Dr. Vögler nämlich, der Generaldirektor des neuen Rhein-Montan-Trustes, zugesteht, die Verhältnisse in der deutschen Wirtschaft ließen eine ruhige und gefestigte Entwicklung voraussehen, vorausgesetzt allerdings, daß keine inneren und äußeren Krisenerscheinungen eintreten. Dr. Vögler bestreitet freilich, daß man von einer augenfälligen Besserung sprechen könne; er will aber nicht leugnen, gewisse Anzeichen ließen darauf schließen, daß wir in absehbarer Zeit doch einen erfreulichen wirtschaftlichen Aufschwung erleben. Vor allem sei der Hintergrund für diese Entwicklung endlich vorhanden, die Erkenntnis nämlich, daß in Europa der wirtschaftliche Krieg aller gegen alle ebensowenig einem einzelnen Volk einen Gewinn verschafft hat, wie es im Weltkrieg einen Sieger gegeben habe, weil die militärischen Sieger wirtschaftlich fast ebenso schwer zu leiden haben wie die militärisch Besiegten.

Die Wirtschaftsführer der verschiedenen Länder haben sich darum zu der Erkenntnis durchgerungen, eine rücksichtslose Erzwingung alleiniger Interessen nicht für das A und das O ihrer Politik zu betrachten, sondern an einen internationalen Interessenausgleich heranzugehen. In schärfster Form betonte Dr. Vögler aber, daß sich die deutsche Wirtschaft einer Voraussetzung durchaus bewußt ist: der feste Grund, auf dem sie steht, die Linie, die ihr Handeln bestimmt, ist vor allem die Wahrnehmung der nationalen Interessen und — um ein besonders einleuchtendes Beispiel zu wählen — die internationalen wirtschaftlichen Verabredungen wie die Rohstahlgemeinschaft würden niemals Wirklichkeit geworden sein, wenn dadurch wesentliche nationale Lebensinteressen geschädigt werden würden. „Man kann an den Abmachungen gern kritisieren; aber in einem Punkt muß die Großindustrie jede Belehrung ablehnen, nämlich darüber, wie sie national zu denken und zu empfinden hat."

Dr. Vögler erklärte dies unter besonderem Hinweis darauf, daß von der sich günstiger entwickelnden Konjunktur ein Wirtschaftszweig nicht berührt wird, dessen wirtschaftliche Kraft und Stärke aber von geradezu entscheidender Wichtigkeit ist für das nationale Wirtschaftsleben: das ist die Landwirtschaft. Letzten Endes ist der Warenabsatz auf dem Binnenmarkt, die Kaufkraft der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung weit wichtiger als der Außenmarkt und man ist längst von der Anschauung zurückgekommen, eine Blüte der deutschen Produktion zu erzielen lediglich dadurch, daß man das Schwergewicht des Absatzes auf die Ausfuhr legte. Amerika ist das beste Beispiel dafür, wie entscheidend die Kaufkraft des Binnenmarktes sich auf die Gesamtlage auswirkt. Der Reichsernährungsminister Dr. Haslinde hat auf dem Bauerntag in Württemberg daher mit starker Betonung einen Wiederaufbau unserer Wirtschaft nur dann für möglich erklärt, wenn unsere Landwirtschaft nicht bloß durch Selbsthilfe, sondern auch durch Unterstützung seitens des Reiches und der Länder wieder gesundet. Nicht hohe, sondern stabile Preise für Agrarprodukte sind hierfür die Voraussetzung, und vor allem könne noch sehr viel geschehen bei der Produktion landwirtschaftlicher Fertigerzeugnisse.

Es liegt eben viel Wahres darin, daß das Auf und Nieder der Weltwirtschaftslage aufs engste verknüpft ist mit dem Ergehen der Landwirtschaft, und auch jetzt noch hat der alte Spruch sehr viel Bedeutung in sich: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt!"

Eine Erklärung des Generals Watter.

Die Geschichte des Ruhreinfalls.

General Watter nimmt nunmehr zu den in letzter Zeit gegen ihn in der Öffentlichkeit erhobenen Angriffen Stellung. Er läßt durch die deutschnationale Pressestelle erklären, daß er die Ausführungen Dr. Geßlers, in denen er ihn als „Verrückten" bezeichnet, als schwere Entgleisung ansieht.

Zur Sache selbst teilt General Watter mit: „Ich habe meiner ganzen Einstellung entsprechend im vaterländischen Sinne selbsttätig mitgewirkt, als im Jahre 1923 der selbst vom englischen Kronanwalt als rechtswidrig anerkannte Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet eine mächtige Volksbewegung entfesselte, die einen anderen Ausgang verdient hätte. Es ist eine merkwürdige Verkennung und Niedrigstellung dieser Bewegung, wenn man von Aufwiegelung spricht. Damals galt es, bei der prächtigen deutschen Jugend und auch bei der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes nicht aufzuwiegeln, sondern nur zu zügeln.

Was die Ausführungen des Herrn Ministers über meine Tätigkeit im Jahre 1923 angeht, so beruhen sie in erster Linie auf der ungeprüften Wiedergabe von Mitteilungen einer unverantwortlichen Persönlichkeit, in denen, agitatorisch wirkend, die Wahrheit auf den Kopf gestellt wird. Herr Geßler muß wissen, daß die Geschichte des Ruhreinfalls endgültig erst später geschrieben werden kann. Sein Verhalten im Reichstag wird mich nicht veranlassen, in Verletzung meiner vaterländischen Pflichten die Zusammenhänge des deutschen Abwehrkampfes jetzt schon klarzulegen."

Das neue Arbeitsschutzgesetz.

Schutz aller Arbeitnehmer.

Regelung der Arbeitszeit.

Das Reichskabinett hat kürzlich dem ihm vorgelegten Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes zugestimmt. Über den Gesetzentwurf wird mitgeteilt, daß durch die Neuregelung insbesondere die Frage der Arbeitszeit gelöst und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorbereitet werden soll. Hinsichtlich der einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes, der den Schutz aller Arbeitnehmer mit Ausnahme von Arbeitern der Land- und Forstwirtschaft, der Tierzucht, Fischerei, See- und Binnenschiffahrt sowie Flößerei zum Gegenstand hat, wird insbesondere hervorgehoben, daß die bisher nur als Richtlinien zu betrachtenden Vorschriften über den Schutz gegen die Betriebsgefahren durch den Entwurf Gesetzeskraft erhalten sollen.

Die Arbeitszeit ist grundsätzlich gemäß dem Achtstundentag festgelegt. Bei kontinuierlicher Arbeit von 56 Stunden wöchentlich soll eine Mehrarbeit ausgeschlossen werden. Im übrigen wird für Mehrarbeit ein besonderer Lohnzuschlag, dessen Höhe im allgemeinen auf 25 % bemessen ist, gezahlt werden. Zur Regelung der Frage der Arbeitsbereitschaft ist der Erlaß von entsprechenden, für die verschiedenen Industriezweige verschieden zu regelnden Verordnungen vorgesehen. Das Schutzalter der Jugendlichen wird von 16 auf 18 Jahre erhöht. Bemerkenswert ist die in den Durchführungsbestimmungen getroffene Regelung, wonach im Falle eines Krieges oder anderer die Landessicherheit gefährdender Ereignisse die Bestimmungen über Arbeitsschutz außer Kraft gesetzt werden können. Zu den gefährdenden Ereignissen gehören auch, wie besonders hervorgehoben wird, Krisen, die die deutsche Volkswirtschaft so stark in Mitleidenschaft ziehen, daß die Lebensmöglichkeiten der Bevölkerung dadurch bedroht werden.

Die Pariser Presse zur Frage der deutschen Entwaffnung.

Paris, 29. November. Die Frage der deutschen Entwaffnung beschäftigt immer noch die Pariser Presse und Oeffentlichkeit. Insbesondere wird die Veröffentlichung des britischen Memorandums und der Kommentare der deutschen Presse erörtert. Aehnlich wie Partinax gestern im Echo de Paris zu dem Schlusse kam, daß der Pakt von Locarno und die Abmachungen von Thoiry logischerweise das Ende der Militärkontrolle und die Räumung des linken Rheinufers nach sich ziehen müßten, erklärt auch heute Bainville in der Liberte, daß der Pakt auch deutsche Rechte nach sich ziehe. Der Pakt von Locarno setze voraus, daß man von dem guten Willen der deutschen Regierung überzeugt sei. Wenn man die Kontrolle der Besatzung aufrecht erhalte, so stehe das in Widerspruch gegen alles, was seit zwei Jahren geschehen sei und komprimittiere die Wiedervversöhnung.

Eine Aeußerung des Quai d'Orsay zu den Erklärungen Pertinax.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 30. November. Zu den Ausführungen Pertinax sah sich die Pariser zuständige Stelle veranlaßt, einen Kommentar zu erlassen. Man scheint an zuständiger Stelle Wert auf die Feststellung zu legen, daß die Besetzung des Rheinlandes nicht nur die deutsche Abrüstung, sondern auch die künftige Erfüllung der Reparationsverpflichtungen sicher zu stellen habe. Auch nach der Abrüstung Deutschlands könnte bei Verfehlungen in der Reparationsfrage eine Verlängerung der Besatzungsfrist über die im Versailler Vertrag vorgesehenenen Termine hinaus erfolgen.

Politische Kreise Roms für eine Viermächtekonferenz.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 29. November. Nach einer Meldung einer italienischen Nachrichtenagentur erklärt man in politischen Kreisen Roms, daß eine Zusammenkunft der vier Außenminister nicht in Widerspruch mit dem Leitgedanken der italienischen Politik steht. Italien wolle den Frieden und sei daher allen Abmachungen günstig gesinnt, die zur Befestigung desselben beitragen könnten. Italien würde selbstverständlich in alle Erörterungen eingreifen, in denen die großen europäischen Interessen zur Debatte stünden.

Eine Denkschrift Chamberlains.

Drummonds Aufenthalt in Berlin.

Wie die „Times" melden, werden die Besprechungen über die deutsche Abrüstung zwischen den britischen, französischen, italienischen, belgischen und deutschen Regierung eifrig fortgesetzt, und bei der Zusammenkunft des Völkerbundrates in der nächsten Woche werden die verschiedenen Minister des Äußeren das Problem weiter erörtern, um eine endgültige Regelung zu erreichen. Die Genfer Besprechung wird eine Fortsetzung der Erörterung sein, die in Locarno zwischen Sir Austen Chamberlain, Briand, Vandervelde sowie Luther und Stresemann stattgefunden hat. Die Initiative für die jüngsten Besprechungen ist von britischer Seite ausgegangen. Eine von britischen militärischen Sachverständigen vorbereitete Denkschrift, die das „Mindestprogramm" enthält dessen Erfüllung durch Deutschland gefordert werden sollte, falls es wünscht, die Alliierte Kontrollkommission aus Berlin zurückgezogen und durch ein Aufsichtskomitee des Völkerbundes ersetzt zu sehen, wurde von Sir Austen Chamberlain abgefaßt und ungefähr Mitte dieses Monats in Paris, Rom und Brüssel mitgeteilt. Die Punkte des „Mindestprogramms" waren:

1. Unterordnung des Oberbefehlshabers der Reichswehr unter die Autorität des Reichswehrministers;
2. Regelung der Frage der Rekrutierung und der militärischen Vereinigungen;
3. Kontrolle über die Ausfuhr von Waffen und Munition;
4. Zerstörung neuer Befestigungen an der deutschen Ostgrenze.

Ohne den Bericht der französischen Sachverständigen abzuwarten, hat Briand Chamberlain in dem Sinne geantwortet, daß die versöhnlichste Haltung gegenüber Deutschland der leitende Grundsatz seiner auswärtigen Politik bleibe. Briand fügte hinzu, nichts sollte getan werden, um eine freundschaftliche und endgültige Regelung des Abrüstungsproblems zu verzögern. Die Franzosen wünschen eine ständige Kommission mit dem Recht der jederzeitigen Beaufsichtigung. Die britische Auffassung ist, daß dies über die Bedingungen des Versailler Vertrages hinausgehen würde und daß die Kontrollbefugnisse des Völkerbundes nur anwendbar werden sollten in besonderen Fällen, wo eine bestimmte Beschwerde von einer interessierten Macht vorgebracht ist.

*

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, der in Berlin eingetroffen ist, hat seine Besprechungen mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem Staatssekretär v. Schubert gehabt. Es handelt sich hierbei um eine Erörterung der technischen Punkte der Genfer Ratstagung. In den Besprechungen wurden auch gewisse Personalveränderungen im Genfer Generalsekretariat gestreift, und ebenso wird die Frage geklärt werden, ob auf der Dezembertagung oder auf der in Aussicht genommenen Berliner Märztagung des Völkerbundrates Deutschland den Vorsitz erhält.

Forderungen der deutschen Mieterschaft.

Gegen Lockerung des Mieterschutzes.

Der große Ausschuß des Bundes deutscher Mietervereine hat in einer Tagung in Dresden, an der die Vertreter der Landes-, Provinzial- und Gauverbände des Bundes aus allen Teilen des Reiches teilnahmen, zu Gegenwartsfragen des Miet- und Wohnwesens, insbesondere zu den Plänen des preußischen Wohlfahrtsministers Hirtsiefer wegen Erhöhung der Mieten auf 130 % der Friedensmiete und zu der preußischen Lockerungs-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF